



Die DKP und der Kampf um die 35-Stunden-Woche

Inhalt

Einleitung	1
Zuerst Unternehmer-Argumente widerlegen	3
Keine neuen Arbeitsplätze?	3
Nicht bezahlbar?	4
Gefährdete Wettbewerbsfähigkeit?	4
Die beiden großen Bewegungen gehören zusammen	6
Die Motivierung zu Kampfbereitschaft	8
Worin bestehen die wichtigsten ökonomischen Zusammenhänge?	10
Die negativen Folgen der US-Hochzinspolitik	10
Auf dem Rücken der Entwicklungsländer	12
Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen	12
Mit der Abrüstung die Krise bekämpfen	14
Die Gesamtbedingungen der Arbeiterklasse verbessern	18
Die neue soziale Ordnung, der Sozialismus, ist notwendig	20
Für eine alternative Wirtschaftspolitik	22
Das „Verhältnis der Kämpfenden“ ist entscheidend	24
Aktionsbeispiele	26
Leseproben von Marx, Engels und Lenin	28



Die Frauen sind – wie in anderen großen Bewegungen – auch im Kampf um die 35-Stunden-Woche aktiv. Das Foto von Manfred Scholz entstand beim DGB-Frauenprotest am 18. 9. 1983 in Bonn.

Das Gespräch

Die 35-Stunden-Woche ist im Gespräch. Worauf es ankommt, das ist, eine millionenfache Zustimmung zu den Forderungen der Gewerkschaften zu erreichen. Noch werden in der Öffentlichkeit manche Zweifel über die Nützlichkeit und Machbarkeit der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geäußert. Die Mehrzahl der Medien betreibt die Unternehmerpropaganda. Die Bundesregierung steht geschlossen gegen die Gewerkschaften. Und gegenüber den Belegschaften tritt das Kapital mit rigorosem Herr-im-Hause-Standpunkt auf. So, wie die

Kommunisten als konsequente Gewerkschafter auftreten, so unterstützen sie natürlich in Gespräch und Aktion die gewerkschaftlichen Forderungen mit allem Nachdruck.

Die 35-Stunden-Woche ist notwendig; sie ist machbar; sie ist finanzierbar; sie kann zu Erfolgen bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze führen; und die Kommunisten, die Mitglieder der Arbeiterpartei, weisen nach, wie eng Abrüstung mit Arbeitszeitverringerung zusammenhängt; und wie dringend notwendig es ist, daß ein System, das nicht mehr die elementarsten Menschenrechte gewährleisten kann oder will, zum Abtreten verurteilt ist, einer neuen Gesellschaftsordnung, dem Sozialismus, Platz zu machen hat.

Fragen

Auch dieses Sonderbildungsheft besteht zu seinem größten Teil aus Fragen, die zum Thema der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gestellt werden. Sie sollen nicht wiederholt werden. Gut wäre, wenn die Leserinnen und Leser an dieser Stelle solche Fragen notieren würden, die in ihrem Kollegenkreis, bei ihren Nachbarn, Freunden und Bekannten gestellt werden. Sie im Bildungsabend zu behandeln, macht die Argumentation noch überzeugender.

Die DKP und der Kampf um die 35-Stunden-Woche



Betriebsrätekonferenz der DKP. Es spricht Präsidiumsmitglied Werner Cieslak: „Der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und voller Umsetzung in entsprechende Arbeitsplätze hat nicht nur große wirtschaftliche und soziale, sondern auch hohe politische Bedeutung. Es geht um die entscheidende Frage, der Logik des Kapitals bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise die Logik der Arbeiterklasse entgegenzusetzen.“ Von Manfred Scholz fotografiert am 12. 2. 1984 in Köln.

Einleitung

Mit der gewerkschaftlichen Kampagne für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich hat eine der bedeutendsten Klassenausinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik begonnen. Alles deutet darauf hin, daß sie auch zu einer der härtesten Auseinandersetzungen wird. Alle politischen Kräfte sind

gefordert, sie müssen Farbe bekennen.

Die Unternehmerverbände haben eine beispiellose Kampagne zur Verkürzung der 35-Stunden-Woche gestartet. Sie wollen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um jeden Preis verhindern. Die Superprofite des Großkapitals sollen unangetastet bleiben. Man will die Massenarbeitslosigkeit auch weiterhin als Knüppel zur Disziplinierung der noch Beschäftigten, als Druckmit-

tel zum weiteren Abbau der Reallöhne einsetzen. Die Unternehmerverbände setzen alles daran, den Gewerkschaften eine Niederlage zu bereiten, um damit auch für künftige Auseinandersetzungen die Kampfbedingungen zu verschlechtern.

Sie finden bei dieser Strategie die volle Unterstützung der Bonner Koalitionsparteien und der Regierung. Bundeskanzler Kohl hat die Forderung nach Verkürzung

der Wochenarbeitszeit als „dumm und töricht“ bezeichnet. Wirtschaftsgraf Lambsdorff malt das Gespenst des Zusammenbruchs der Wirtschaft an die Wand. Und Arbeitsminister Blüm hat die Einführung der sogenannten Vorruhestandsregelung mit dem Nein zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit verbunden.

Führende Kräfte der SPD nehmen eine widersprüchliche Haltung ein. Sie haben eine bundesweite Informationskampagne zur Arbeitszeitverkürzung angekündigt. Dieses Vorhaben ist an sich begrüßenswert. Die SPD als die bei weitem stärkste Kraft der politischen Arbeiterbewegung unseres Landes könnte damit ein beachtliches Gegengewicht gegen die von den Unternehmerverbänden und den Regierungsparteien inszenierte antigewerkschaftliche Kampagne schaffen. Der Wert einer solchen Informationsoffensive wird allerdings dadurch wesentlich beeinträchtigt, wenn dabei die Unterstützung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche keinen Vorrang vor weniger greifenden und weniger in der Auseinandersetzung stehenden Forderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit haben soll. Hinzu kommt, daß SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz bei der Erläuterung der SPD-Kampagne verlauten ließ, daß „eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß“.

Auch die Grünen haben keine eindeutige Position in dieser Frage. Insbesondere gibt es unterschiedliche

Aussagen zum Lohnausgleich. In der Regel wird voller Lohnausgleich nur für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gefordert.

Die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber die gewerkschaftliche Kampagne für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich unterstützt, ist die DKP. Bereits in ihrem 1978 beschlossenen Parteiprogramm hat sie dieser Forderung einen zentralen Platz bei den nächsten sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben eingeräumt. Der Vorsitzende der Partei, Herbert Mies, konnte denn auch im Bericht des Parteivorstandes an den 7. Parteitag im Januar 1984 unterstreichen:

„Die DKP unterstützt mit ganzer Kraft die gewerk-

schaftlichen Aktionen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich...“

Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Rechte und Interessen der Arbeitslosen, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich – das ist höchste Klassenpflicht. Das ist und bleibt die zentrale Aufgabe der wirtschafts- und sozialpolitischen Tätigkeit unserer marxistischen Arbeiterpartei, aller Kommunistinnen und Kommunisten.“

Worin sehen die Kommunisten ihre vorrangigen Informationsaufgaben zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Kampagne?



Nicht bezahlbar?

2. Die Unternehmer und ihre politische Lobby behaupten, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sei nicht bezahlbar.

Zunächst muß dazu festgestellt werden, daß diese Behauptung im Gegensatz zu der zuvor widerlegten steht. Wenn die 35-Stunden-Woche keine neuen Arbeitsplätze schaffen würde, würden ja auch keine neuen Kosten für die Unternehmer entstehen, jedenfalls keine Lohnkosten. Ganz abgesehen davon ist das Argument von der Unbezahlbarkeit nicht haltbar.

Die DKP hat im Bericht ihres Parteivorstands an den 7. Parteitag auf folgende Zahlen hingewiesen, die kaum zu widerlegen sein dürften: Die vom WSI-Institut und den alternativen Wirtschaftswissenschaftlern errechnete Beschäftigungsmöglichkeit für 1,5 Millionen Arbeitslose im Ergebnis der 35-Stunden-Woche würde zu einer Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme

von etwa 6 Prozent führen. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß seit 1979 die Arbeitsproduktivität um 13 Prozent gestiegen und der Reallohn um 5 Prozent gesunken ist. Selbst die Einführung der 35-Stunden-Woche auf einen Schlag würde so nicht einmal die Hälfte dessen ausmachen, was das Großkapital in den vergangenen fünf Jahren an zusätzlichen Profiten aus der Arbeiterklasse herausgepreßt hat. Die 35-Stunden-Woche ist also von den Arbeitern und Angestellten längst bezahlt.

Dabei ist für die Kommunisten der volle Lohnausgleich bei der 35-Stunden-Woche unverzichtbar. Sonst wäre – wie im DKP-„Aktionsprogramm '84“ festgestellt – Arbeitszeitverkürzung nichts anderes als tarifvertraglich vereinbarte Kurzarbeit und Kaufkrafteinschränkung, die wiederum größere Arbeitslosigkeit zur Folge hätten.

Was wird aus den Investitionen?

3. Die Unternehmer und ihre politische Lobby behaupten, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erschwere den Unternehmern die Möglichkeit, zusätzliche Investitionen zu tätigen und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Auch diese Behauptung hält keiner ernsthaften Prüfung stand. Unter Bedingungen wie heute, wo die Produktionskapazitäten bei weitem nicht ausgelastet sind, investieren Unternehmer kaum für die Erweiterung dieser Kapazitäten. Nach Umfrageergebnissen investieren

denn auch drei Viertel der Betriebe ausschließlich zum Zwecke der Rationalisierung und damit der Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Im übrigen ist der reinvestierte Anteil an den Gewinnen innerhalb von zwei Jahren von 52 auf 31 Prozent abgesackt. Seit Jahren werden riesige Summen aus den bundesdeutschen Unternehmen gezogen und für betriebsfremde Zwecke – für den Kauf anderer Unternehmen, für Immobilien im In- und Ausland, für Spekulation sowie für Luxus und Prasserei – verwendet. In

den letzten 10 Jahren wurden auf diese Weise etwa zwei Billionen Mark oder 2,3 Millionen pro Stunde „entnommen“. Wäre ein Teil davon zur Finanzierung von

Arbeitszeitverkürzungen verwandt worden, so hätte deshalb keine Mark weniger in produktionswirksamen Bereichen investiert zu werden brauchen.

Gefährdete Wettbewerbsfähigkeit?

4. Die Unternehmer und ihre politische Lobby behaupten, die 35-Stunden-Woche gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft. Auch das ist ein Ammenmärchen.

Für ein Land wie die Bundesrepublik, das vorwiegend technische Spitzenprodukte ausführt, sind auf dem Weltmarkt vor allem das technische Niveau, der Service usw. ausschlaggebend. Auch die Wechselkurse sind für die internationalen Wettbewerbschancen wichtiger als das inländische Lohnniveau.

Und was das von den Unternehmern vielgenannte Beispiel der angeblich so niedrigen Lohnkosten als Geheimnis der großen japanischen Wettbewerbsfähigkeit betrifft, so betrug in Japan der Anstieg der Lohnkosten einschließlich der Lohnnebenkosten von 1970 bis 1983 356 Prozent; bei uns betrug dieser Anstieg im gleichen Zeitraum nur 189 Prozent, also nur etwa die Hälfte. Deshalb hat sich die Konkurrenzfähigkeit der Japaner allerdings gegenüber der Bundesrepublik keineswegs verschlechtert.

Was Arbeitslose kosten



im Jahr 1983 bei 2,3 Mio Arbeitslosen

Ausgaben

und

Einnahmeausfall

Mrd
DM

davon

27,5

Arbeits-
losengeld
und -hilfe

17,9

Sozial-
beiträge

8,2

Wohngeld,
Sozialhilfe

1,4

davon

27,4

Steuern

13,3

Sozial-
beiträge

14,1



II. Die beiden großen Bewegungen gehören zusammen

Ihre zweite wichtige Aufgabe sehen die Kommunisten darin, allen Versuchen entgegenzutreten, die beiden wichtigsten demokratischen Bewegungen der Gegenwart in unserem Lande – die Friedensbewegung und die Bewegung für die 35-Stunden-Woche – gegeneinander auszuspielen.

Diese beiden Bewegungen unterscheiden sich natürlich voneinander. Nicht nur, daß die unmittelbaren Aktionsziele offensichtlich verschieden sind, auch die Mitstreiter in diesen Bewegungen sind – jedenfalls teilweise – nicht die gleichen. Entsprechend gibt es in den beiden Bewegungen auch in gewissem Maße unterschiedliche Interessen. Nicht zuletzt unterscheiden sich diese Bewegungen dadurch, daß es

sich bei der einen um eine klassenübergreifende Bündnisbewegung, bei der anderen um eine Klassenbewegung der Arbeiterklasse handelt.

Dazu kommt noch eins: Trotz der eindrucksvollen Stärke der Friedensbewegung muß nüchtern festgestellt werden, daß ihre Kraft nicht ausgereicht hat, um die Stationierung der neuen US-Atomwaffen zu verhindern. Der Kampf geht also weiter, und es kann keinen Zweifel geben, daß alle zukünftigen, durchbrechenden Erfolge bei dem Bemühen, die weitere Stationierung zu verhindern und den Abbau der bereits aufgestellten Systeme zu erzwingen, von dem breiten und aktiven Engagement der Arbeiterklasse und ihrer Orga-

nisationen, vor allem der Gewerkschaften, abhängen. Und nun haben gerade die Gewerkschaften den Kampf um die 35-Stunden-Woche ins Zentrum ihrer Orientierung gestellt.

Bedeutet dies nun einen Ausstieg aus der Friedensbewegung oder eine Unterstützung der Friedensbewegung? Hat ihrerseits die Friedensbewegung etwas mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche zu tun, kann sie zu einem Erfolg beitragen, oder sollte sie sich aus diesen gewerkschaftlichen Dingen heraushalten? Die Beantwortung dieser Fragen macht es notwendig, die objektiven politischen und ökonomischen Zusammenhänge beider Bewegungen herauszuarbeiten.

1. Worin bestehen die wichtigsten politischen Zusammenhänge?

Beide Bewegungen richten sich letztlich gegen den gleichen Gegner, gegen die reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals und ihrer politischen Vertretung, die Bonner Rechtskoalition, gegen deren aggressive Strategie nach innen und außen. Darum verbessern auch Erfolge der einen Bewegung die Kampfbedingungen der anderen, und umgekehrt wirken sich Schwächen und Niederlagen erschwerend auf den Kampf der anderen Bewegung aus.

Eine breite Mobilisierung für die 35-Stunden-Woche und

Erfolge im Kampf hierfür stärken objektiv die Position der Gewerkschaften und daher auch die Macht, deren Entfaltung von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung und für die Erfolge der Friedensbewegung ist. Die Hauptstoßrichtung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich richtet sich gegen die anhaltende Arbeitslosigkeit. Diese wird von der Unternehmenseite längst nicht mehr hingegenommen als Betriebsunfall oder als eine mit der Marktwirtschaft untrennbar

verbundene Begleiterscheinung, sondern systematisch erzeugt und zur Steigerung der eigenen Machtposition ausgebaut.

Nichts schwächt die Positionen der Gewerkschaften und die Kraft der Arbeiterklasse aber so sehr wie lange anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Nur unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit ist es möglich, daß Jahr für Jahr die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten gesenkt, Sozialabbau größten Stils betrieben, soziale Schutzrechte wie Mitbe-

BADEN-
WÜRTTEMBERG
BRAUCHT



ARBEITSPLÄTZE STATT RAKETEN



FORDERUNGEN DER DKP ZU DEN LANDTAGSWAHLEN 84

„Arbeitsplätze statt Raketen.“ Die DKP wirkt für die Erkenntnis, daß ein enges Zusammenwirken von Arbeiterbewegung und Friedensbewegung die beste Gewähr für das Erreichen der Friedens- und sozialen Ziele bietet. Dieses Material stammt aus dem Landtagswahlkampf der DKP in Baden-Württemberg.

stimmung und Arbeiterschutz und demokratische Freiheiten wie das Demonstrationsrecht rigoros beschnitten werden. Eine solche Politik geht an die wirtschaftliche und soziale Substanz der Werktätigen, und sie geht an die gesellschaftliche und politische Substanz der Gewerkschaften. Es ist daher von elementarer Bedeutung für die Arbeiterklasse und für die Gewerkschaften, daß Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erzielt werden. Im Zentrum steht dabei die Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie würde die industrielle Reservearmee, das Erpressungsinstrument der Unternehmer, vermindern und so die Kampfbedingun-

gen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen für die Abwehr der Angriffe auf Einkommen, soziale Versorgung und demokratische Rechte verbessern.

Nur eine derart gestärkte Gewerkschaft ist auf die Dauer in der Lage, auch im Kampf für den Frieden Kraft zu entfalten.

Umgekehrt können Fortschritte der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen die Bedingungen für den erfolgreichen Kampf um die 35-Stunden-Woche wesentlich beeinflussen. So würde die Verwirklichung der zentralen Forderung der Friedensbewegung – Stopp der Stationierung der Pershing II und Marschflugkörper und Rückgängigmachung der bereits statio-

nierten Systeme – nicht nur der Friedensbewegung Kraft für den Kampf um weitergehende Ziele geben, sondern auch den Gewerkschaften für das Ringen um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mächtige Impulse vermitteln. Sie wäre eine schwere Niederlage für die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals und die deren Interessen vertretende Bonner Rechtskoalition. Damit würde zweifellos das ganze politische Klima in unserem Lande verändert bis hin zu der Möglichkeit, die Rechtskoalition durch eine der Forderung nach der 35-Stunden-Woche aufgeschlossen gegenüberstehende Regierung abzulösen.

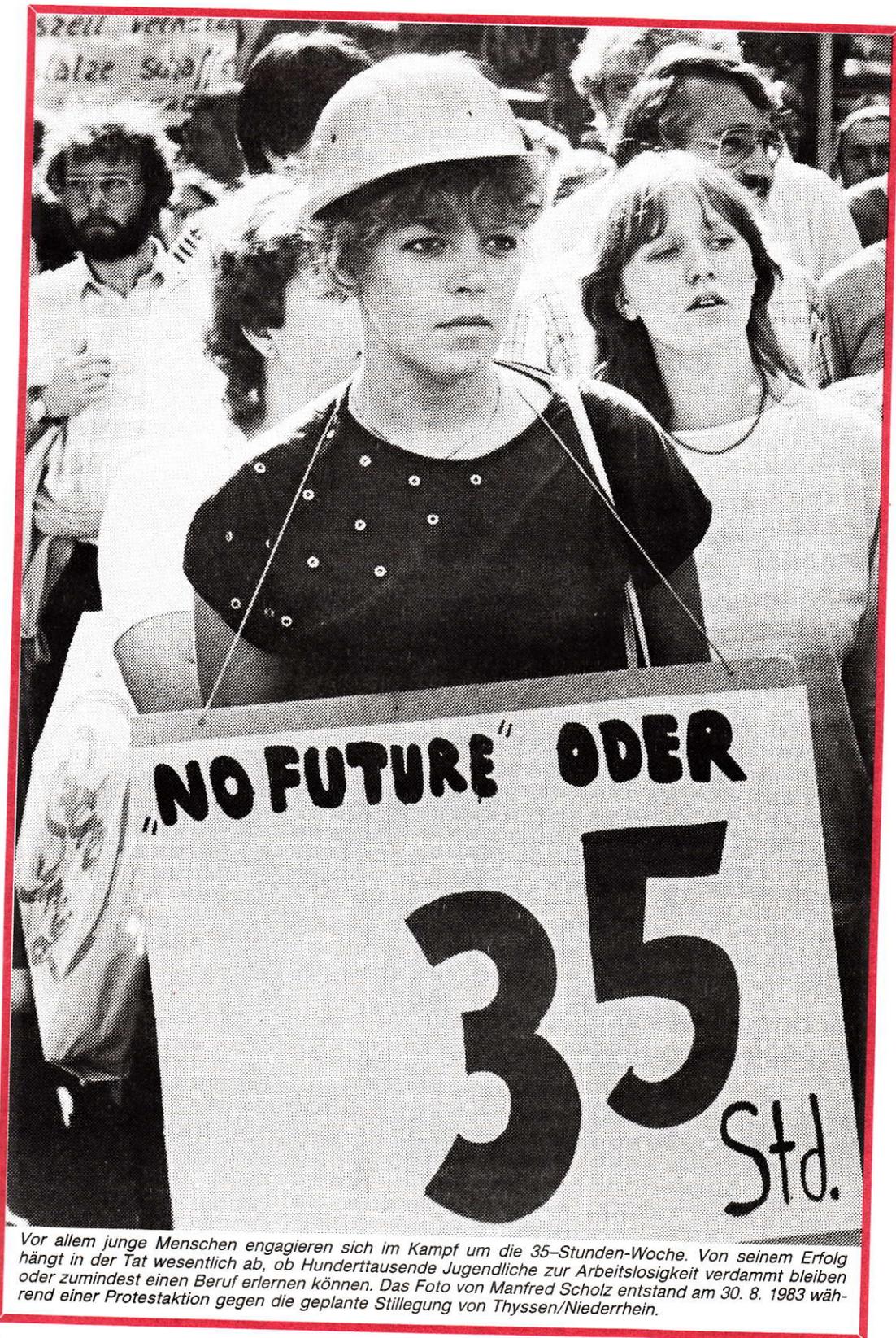
2. Die Motivierung zu Kampfbereitschaft

Im übrigen gilt auch für den Zusammenhang von Friedensbewegung und Kampf um die 35-Stunden-Woche die alte Erfahrung, daß in der Regel derjenige, der durch die Teilnahme an einer demokratischen Bewegung politisch mobilisiert wird, auch für eine andere demokratische Bewegung leichter zu gewinnen ist als derjenige, der sich noch niemals engagiert hat. Insofern sind gerade auch die vielen tausend Gewerkschaftskollegen, die in betrieblichen oder örtlichen Friedensinitiativen mitarbeiten, die den Krefelder Appell unterschrieben, sich an Demonstrationen, Kundgebungen und Blockaden gegen die neuen Atomwaffen beteiligt haben, ein wichtiges Potential, das für den Kampf um die 35-Stunden-

Woche in Bewegung gebracht werden kann. Andererseits kann der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein Hebel zur Motivierung und Politisierung von Massen der Arbeiterklasse sein, der es möglich macht, zumindest größere Teile für den

Friedenskampf zu gewinnen. Das wird um so eher möglich sein, je mehr es gelingt, auch die ökonomischen Zusammenhänge zwischen Hochrüstung und Arbeitslosigkeit, Abrüstung und Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung deutlich zu machen.





Vor allem junge Menschen engagieren sich im Kampf um die 35-Stunden-Woche. Von seinem Erfolg hängt in der Tat wesentlich ab, ob Hunderttausende Jugendliche zur Arbeitslosigkeit verdammt bleiben oder zumindest einen Beruf erlernen können. Das Foto von Manfred Scholz entstand am 30. 8. 1983 während einer Protestaktion gegen die geplante Stilllegung von Thyssen/Niederrhein.

3. Worin bestehen die wichtigsten ökonomischen Zusammenhänge?

Allgemeine ökonomische Zusammenhänge zwischen Friedensbewegung und Kampf um die 35-Stunden-Woche ergeben sich aus den Auswirkungen der Hochrüstung auf Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung. Worin bestehen die wichtigsten Auswirkungen der Hochrüstung auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in unserem Lande?

Die forcierte Rüstung führt zur Veränderung der Struktur der Staatsausgaben. Die steigenden Rüstungslasten werden von Kürzungen der Sozialausgaben begleitet, die den Lebensstandard der arbeitenden Menschen, der

Arbeitslosen und Rentner senken. Das vermindert die Massenkaukraft und muß den Widerspruch zwischen Produktion und Markt – die wichtigste unmittelbare Ursache der zyklischen Überproduktionskrisen – vertiefen.

Die durch steigende Rüstung bedingten Sparprogramme in anderen Bereichen des Staatshaushaltes führen zu Einschränkungen der staatlichen Tätigkeit in solchen Bereichen, in denen umfangreiche öffentliche Investitionen notwendig zur Befriedigung dringender gesellschaftlicher Bedürfnisse wären und im übrigen eine große Zahl von Dauer-

arbeitsplätzen schaffen würden. Solche Bereiche sind vor allem:

- sozialer Wohnungsbau
- der öffentliche Personennahverkehr
- die Einsparung von Energie
- die Entwicklung alternativer Energiequellen
- der Umweltschutz.

Die Politik der Hochrüstung begünstigt auch dadurch die Massenarbeitslosigkeit, daß die für die Rüstungsproduktion angelegten öffentlichen Mittel in ihrem Beschäftigungseffekt wesentlich geringer sind als die Mittel, die in zivilen Bereichen angewandt werden.

Finanzumschichtung schafft Arbeitsplätze

Für die Bundesrepublik kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einer Studie zu dem Ergebnis, daß 10 Milliarden Staatsausgaben, für Käufe im Rüstungsbereich eingesetzt, 180000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen, für Sachkäufe im Verkehr und Bauwesen 215000 und für Sachkäufe der Sozialver-

sicherungen 269000. Das heißt, im Bereich der Sozialversicherung ausgegeben, können mit der gleichen Summe um die Hälfte mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als bei der Rüstung. Wenn es nicht darum geht, zusätzliche Staatsausgaben zu verteilen, sondern Staatsausgaben vom Sozial- zum Rüstungsbereich

umzuverteilen – und dies ist die Situation in der Bundesrepublik heute –, dann führt zusätzliche Rüstung unmittelbar zur Vernichtung von Arbeitsplätzen: Bei einer Umschichtung in Höhe von 10 Milliarden DM werden nach der Rechnung des DWI beispielsweise netto 89000 Arbeitsplätze abgebaut.

Die negativen Folgen der US-Hochzinspolitik

Weiter: Die Reagan-Regierung finanziert ihr gigantisches Rüstungsprogramm dadurch, daß sie die Zinsen in den USA hochtreibt und dadurch ausländisches Kapital anlockt. Für das Großkapital in der Bundesrepublik und in den anderen Ländern ist es häufig – gerade angesichts ungünsti-

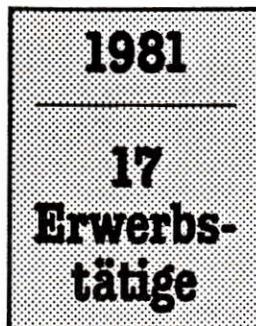
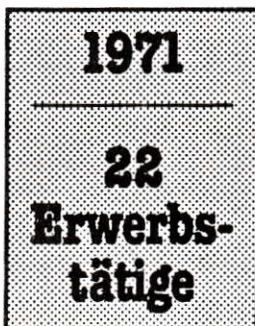
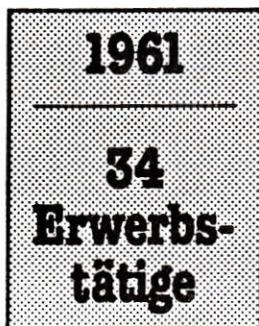
ger Absatzaussichten – profitabler, ihre reichlichen Gewinne zu derartig hohen Zinssätzen in den USA anzulegen, als im eigenen Lande zu investieren. Die hierdurch bewirkte Nachfrageschwäche bei uns führt dazu, daß die Krise verlängert oder die konjunkturelle Belebung verzögert bzw.

abgebremst wird.

Die durch die Hochrüstung der Reagan-Administration bedingte Hochzinspolitik ist der Hintergrund für den Höhenflug des Dollars mit seinen widersprüchlichen Wirkungen auf Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung in der Bundesrepublik. Der hohe Dollarkurs verbil-

Arbeitsplätze eingespart

Um Güter- und Dienstleistungen im Wert von
1 Million DM *
hervorzubringen waren notwendig:



* zu Preisen von 1981

ligt für das bundesdeutsche Kapital in Dollar abzuwickelnde Exporte, was gewisse positive Wirkungen für den Export haben kann. Umgekehrt werden die Importe teurer, was gerade für ein rohstoffimportierendes Land wie die Bundesrepublik negative Folgen hat. In besonderem Maße davon betroffen sind kleine und mittlere Betriebe, die in erster Linie für den Binnenmarkt produzieren, aber die hohen Importpreise für Rohstoffe zahlen müssen.

Auf dem Rücken der Entwicklungsländer

Schließlich müssen die tiefen Auswirkungen der Hochrüstung und Hochzinspolitik auf die Mehrzahl der Entwicklungsländer gesehen werden. Im letzten Jahrzehnt hat die Kreditaufnahme vieler Entwicklungsländer im Zusammenhang mit der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft und der neokolonialistischen Politik imperialistischer Staaten in rasendem Tempo zugenommen. Dabei müssen heute bis zu dreimal so hohe Zinssätze für die wesentlich höhere Kreditschuld gezahlt werden als in den 70er Jahren. Die Folge ist, daß in vielen dieser

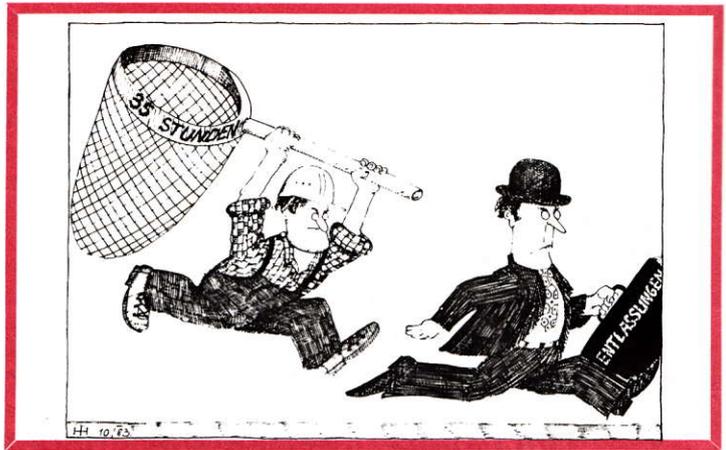
Länder die Zinsverpflichtungen den gesamten Exporterlös übersteigen. Das führt nicht nur dazu, daß diese Länder an den Rand des Zusammenbruchs geraten und der ohnehin niedrige Lebensstandard ihrer Bevölkerung noch weiter absinkt, es hat auch tiefe Auswirkungen auf solche stark vom Export abhängigen Länder wie die Bundesrepublik. Wenn die Entwicklungsländer weniger kaufen können, kann weniger in diese Länder exportiert werden. Auch das vertieft die Krisenerscheinungen und vor allem die Massenarbeitslosigkeit bei uns.

Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen

Unmittelbare ökonomische Zusammenhänge zwischen dem Kampf um Frieden und Abrüstung und dem Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ergeben sich über die öffentlichen Haushalte.

Erfolge im Kampf gegen die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung mildern natürlich

auch den enormen finanziellen Druck, der hiervon auf die Staatsfinanzen ausgeht. Sie setzen Mittel frei, die zur Finanzierung einer alternativen Wirtschaftspolitik, vor allem beschäftigungspolitischer Maßnahmen und arbeitsplatzwirksamer Sozialprogramme eingesetzt werden könnten. Eine solche



Verwendung freiwerdender Mittel würde die Kapazitätsauslastung bundesdeutscher Unternehmen erhöhen und die mit Unterauslastung verbundenen erheblichen Zusatzkosten vermindern.

Dies wiederum wäre ein wichtiger Beitrag dazu, daß die mit der sofortigen Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Einkommensausgleich verbundenen Personalkostensteigerungen nicht nur von den Monopolen, die ohnehin in Geld schwimmen, sondern auch von anderen Unternehmen verkraftet werden können. Die angebliche oder auch tatsächliche schwierige Kostensituation kleiner und mittlerer Unternehmen wird ja von den Monopolverbänden und auch von der Rechtskoalition immer wieder als Argument gegen die 35-Stunden-Woche angeführt. Deshalb ist es nicht unnützlich darauf hinzuweisen, daß Abrüstung und weniger Zahlungen an die US-Streitkräfte in der BRD auch Mittel freisetzen könnten, die als gezielte Investitionshilfen und öffentliche Aufträge gerade den Unternehmen unter die Arme greifen würden, die tatsächlich durch den anhal-



Deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen kämpfen gemeinsam um ihre Arbeitsplätze und für die 35-Stunden-Woche. Das Foto demonstrierender Stahlarbeiter entstand bereits 1978 in Oberhausen. Es fotografierte Manfred Scholz.



tenden Verfall der Massenkaufoverkraft und die aggressive Marktstrategie der Monopole in Schwierigkeiten gekommen sind. Es gäbe nichts dagegen einzuwen-

den, wenn ein Teil der durch Abrüstungsmaßnahmen freigesetzten Haushaltsmittel **zweckgebunden** für Zuschüsse oder Steuererleichterungen an kleine und mitt-

lere Unternehmen zum Zwecke der Finanzierung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verwendet würde.

Mit der Abrüstung die Krise bekämpfen

Kurzum: Es gilt, was Herbert Mies im Bericht des Parteivorstands an den 7. Parteitag der DKP festgestellt hat: „Und was die gesamtgesellschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen für die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich betrifft, so können sie sofort und ohne Einbrüche in die wirtschaftliche Entwicklung durch die Senkung der Rüstungsausgaben geschaffen werden.“

Aus alledem wird deutlich: Rüstungsbegrenzung und

Abrüstung sind heute nicht nur notwendig, um die Gefahr eines atomaren Krieges zu bannen. Sie sind zugleich wichtige Mittel, um die Krise zu bekämpfen, dem Arbeitsplatzabbau entgegenzuwirken und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das bedeutet aber auch, daß im Kampf um die 35-Stunden-Woche erreichte Erfolge wieder zunichte gemacht werden könnten, wenn das Ringen um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nicht vom Kampf um Rüstungs-

begrenzung und Abrüstung begleitet wird.

Man muß der „Frankfurter Rundschau“ vom 2. August 1983 zustimmen, wenn sie im Zusammenhang mit dem in ungewohnte Höhen steigenden Dollarkurs feststellt: „Die Ursachen liegen vor allem in der Politik der Regierung Reagan, die ihre gewaltigen Haushaltslöcher mit Krediten stopfen muß. Die Etatlücken sind aber wiederum zum großen Teil Folge der riesigen Rüstungsausgaben. Mit dieser

Politik will Reagan die Sowjetunion nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in die Knie zwingen. Daß er das schafft, ist zweifelhaft. Sicher ist dagegen, daß er damit die Konjunktur in vielen anderen Ländern abwürgt und die überschuldeten Entwicklungsländer noch tiefer ins Elend treibt.“

Zusammenfassend kann man feststellen: Es gibt also keine haltbare Grundlage dafür, Friedensbewegung und Kampf für die 35-Stunden-Woche gegeneinander auszuspielen. Denn beide stehen auf der gleichen Sei-

te der Barrikade. Es gibt aber auch keinen Grund, in Ungeduld oder Resignation zu verfallen, wenn nicht in jedem Flugblatt, Aufruf oder in jeder Aktion Frieden und 35-Stunden-Woche in einem Atemzug und mit gleichem Gewicht genannt werden, wenn sich nicht jeder mit gleichem Engagement für beide Bewegungen einsetzt oder einsetzen kann. Die beiden Bewegungen gehören objektiv zusammen. Jeder Erfolg der einen verbessert die Erfolgsaussichten der anderen. Es kommt darauf an, diese Zusammenhänge in beiden Bewegungen bekannter zu

machen. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist, die jeweiligen Kämpfe unter den Bedingungen mit allen Kräften zu unterstützen, unter denen sie sich konkret entwickeln.

Mit den beiden ausführlich behandelten Aufgaben, Notwendigkeit und Möglichkeit der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich überzeugend nachzuweisen und den objektiven Zusammenhang zwischen Friedensbewegung und Kampf um 35-Stunden-Woche herauszuarbeiten, erschöpfen sich die Aufgaben der Kommunisten nicht.



Die DKP ist mit eigenen Aktionen dabei, wenn es um die Verteidigung von Arbeitsplätzen geht. Das Foto zeigt einen Info-Stand der DKP bei Mannesmann-Reisholz, bei welchem die Forderung nach der 35-Stunden-Woche unterstützt wird. Manfred Tripp fotografierte am 18. 1. 1984.

Hohn und Spott für Unternehmer, die in Düsseldorf



Die Unternehmer wollten gegen die 35-Stunden-Woche demonstrieren. Gewerkschafter konfrontieren sie mit der Wahrheit.

Mit Leichenbittermienen, als gingen sie zur eigenen Beerdigung, laufen die Herren durch den Regen unter dem Schild „35 Stunden Nein“.



durch ein Protest-Spalier von Gewerkschaften mußten.



An Düsseldorfs „Prachtstraße“, der Königsallee: Stahlarbeiter stellen Unternehmer-Kompagnon Kohl harte Fragen.

Da wurden offensichtlich das „e“ und das „i“ vertauscht. Aber auch so dürften die Unternehmer verstanden haben, was ihnen hier so drastisch entgegenleuchtet. Manfred Scholz fotografierte am 3. 2. 1984.





Gefährdete Arbeitsplätze durch zunehmende Automatisierung bis 1990

Automatisierung durch:	gefährdete Arbeitsplätze	Bereich
Texterfassung + Textverarbeitung, Nachrichten-, Informations- und Kommunikations- technik, Daten- erfassung + Datenverarbeitung	bis zu 2,7 Millionen	Privatwirtschaft und Öffentlicher Dienst
computerunterstütztes Konstruieren (CAD)	bis zu 400.000	Konstruktions- abteilungen
Roboter	160.000	Elektroindustrie Maschinenbau Fahrzeugbau
Prozeßüberwachung und -steuerung	115.000	Stahl Chemie Glas Keramik
computergesteuerte Maschinen (NC)	100.000	Maschinenbau Fahrzeugbau Elektroindustrie
Datenkassen	100.000	Handel
	ca. 3,5 Millionen	

IV. Die neue soziale Ordnung, der Sozialismus, ist notwendig

Die Kommunisten wollen in der Arbeiterklasse die Erkenntnis verbreiten, daß die Ursache für die wachsende Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit, ihr durch Arbeitszeitverkürzung entgegenzuwirken, nicht im Fehlen von Arbeitsmöglichkeiten schlechthin, sondern in fehlenden Möglichkeiten zu profitbringender Beschäftigung liegen. Ohne Profite für die Besitzer der Produktionsmittel zu bringen, wird im Kapitalismus jedoch kein Arbeiter oder Angestellter beschäftigt.

Das kapitalistische Gesetz der Profitmacherei ist es, das dazu führt, daß auf der einen Seite moderne Produktionsanlagen ungenutzt bleiben, immer mehr Betriebe geschlossen werden und die Zahl der zur Arbeitslosigkeit Verurteilten wächst,

auf der anderen aber die unbefriedigten persönlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse immer größer werden. In der reichen Bundes-



republik wächst die Armut. Die Zahl derjenigen nimmt zu, die sich keine ordentliche Wohnung leisten kön-

nen. Der Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Notwendigkeiten, alternative Energie- und Verkehrssysteme zu entwickeln, wirkungsvolle Umweltschutztechnologien zu produzieren, die auch nachfolgenden Generationen noch ein menschenwürdiges Leben in einer intakten Umwelt ermöglichen, und der Befriedigung dieser Notwendigkeiten wird immer schreiender. All das unterstreicht, daß es auch für unser Land höchste Zeit ist, „eine neue soziale Ordnung anzustreben, die nicht auf maximale Profite, sondern auf maximale Bedürfnisbefriedigung aus ist. Eine solche neue soziale Ordnung, das ist der Sozialismus.“ (Aus dem Bericht des Parteivorstandes der DKP an den 7. Parteitag.)

Herbert Mies auf dem 7. Parteitag der DKP:

„Wenn der staatsmonopolistische Kapitalismus überfordert und außerstande ist, den elementaren Bedürfnissen und Interessen der Menschen Rechnung zu tragen, dann ist es höchste Zeit, eine neue soziale Ordnung anzustreben, die nicht auf maximale Profite, sondern auf maximale Bedürfnisbefriedigung aus ist. Eine solche neue soziale Ordnung – das ist der Sozialismus. Und die Partei des Kampfes für den Sozialismus – das ist die DKP.“



Konkrete Solidarität ist notwendig

In zahlreichen Gewerkschaftskonferenzen werden jetzt solche Beschlüsse gefaßt wie nachstehender von einer ÖTV-Konferenz in Nordrhein-Westfalen:

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Gegenwärtig stehen 5 Einzelgewerkschaften des DGB im Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie treffen mit ihrer Forderung auf den geschlossenen Widerstand sowohl der Unternehmerverbände als auch der konservativ-liberalen Bundesregierung. Schon heute zeichnet sich für die nächsten Monate eine Auseinandersetzung ab, die für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von zentraler Bedeutung sein wird und die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten für dieses Jahrzehnt prägen kann.

Es geht nicht um die Frage, welche Form der Arbeitszeitverkürzung mehr Arbeitsplätze sichert oder neue schafft. Unternehmerverbände und Bundesregierung haben ein weiterreichendes Ziel. Sie wollen der Gewerkschaftsbewegung eine historische Niederlage bereiten, um so erfolgreicher in Zukunft ihre Wendepolitik durchsetzen zu können.

Aus diesem Grunde ist die konkrete Solidarität aller DGB-Gewerkschaften eine dringende Notwendigkeit.

Die ÖTV-Bezirkskonferenz fordert daher alle Gliederungen der Organisationen zu verstärkter Solidarität auf. Formen dieser Solidarität können sein:

- finanzielle Zuwendungen am Ort, um die Öffentlichkeitsarbeit der 5 Gewerkschaften zu unterstützen;
- gemeinsame Informationsstände unter Teilnahme zahlreicher ÖTV-Mitglieder;
- Solidaritätssammlungen in den Betrieben und Verwaltungen;
- Einladungen an Vertreter der 5 Gewerkschaften zu Gremiensitzungen der ÖTV bzw. zu Solidaritätsveranstaltungen in den Betrieben und Verwaltungen;
- Aufruf an alle Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen zur Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen der 5 Gewerkschaften bzw. des DGB.

Die Bezirkskonferenz fordert den Bezirksvorstand auf, zur Unterstützung der Solidaritätsaktionen eigene Flugblätter herauszugeben, um unabhängig von den zukünftigen Forderungen der ÖTV die große gesellschaftspolitische Bedeutung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche zu verdeutlichen.

Die Bezirkskonferenz fordert den Hauptvorstand auf, ähnlich wie beim Stahlarbeiterstreik 1978/79 spätestens nach Massenaussperrungen der Unternehmerverbände zu bundesweiten Solidaritätsaktionen auch während der Arbeitszeit aufzurufen.

V. Für eine alternative Wirtschaftspolitik

Da die Ursachen der Arbeitslosigkeit im kapitalistischen Profitsystem liegen, kann sie auch nur mit der Überwindung dieses Systems beseitigt werden. Die 35-Stunden-Woche kann darum die Arbeitslosigkeit nur abschwächen. Sie kann das um so wirkungsvoller, je mehr es gelingt, den Kampf um Arbeitszeitverkürzung mit einem antimonopolistischen Konzept alternativer Wirtschaftspolitik zu verbinden.

Notwendig ist die Durchsetzung einer wirksamen Mitbestimmung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften. Nur so kann z. B. erreicht werden, daß durch Arbeitszeitverkürzung erforderliche zusätzliche Arbeitsplätze auch wirklich besetzt werden. Notwendig ist die Verstaatlichung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft bei demokratischer Kontrolle. Damit könnten gewisse Möglichkeiten dafür geschaffen werden, daß bei entsprechendem Druck der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in solchen Betrieben nicht ausschließlich Bedürfnisse kapitalistischer Profitmacherei, sondern in bestimmtem Maße auch gesellschaftliche Erfordernisse und Rentabilitätsüberlegungen eine Rolle spielen könnten. Notwendig ist der Kampf um eine Umorientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf den Vorrang sogenannten qualitativen Wachstums. So könnten z. B. für die krisengeschüttelte Stahl- und Werft-

industrie neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch den Bau alternativer Verkehrssysteme oder Umweltschutztechnologien geschaffen werden.

Ausgangspunkte für ein solches Konzept sind im Grundsatzprogramm des DGB und in den Beschlüssen der jüngsten Gewerkschaftstage gesetzt. Die Kommunisten haben ihre Vorstellungen in ihrem Parteiprogramm und 1984 im Bericht an den 7. Parteitag entwickelt. Die Durchset-

zung einer solchen alternativen Wirtschaftspolitik ist allerdings mit der Bonner Rechtskoalition nicht zu erreichen. Sie erfordert auch mehr als die Rückkehr zur früheren Politik der sozialdemokratisch geführten Regierung. Sie macht antimonopolistische Veränderungen in Staat und Gesellschaft zumindest im Sinne dessen notwendig, was wir Kommunisten in unserem Parteiprogramm als Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt bezeichnen.

**Für die
Verstaatlichung
von
Schlüsselindustrien**

Aus dem Aktionsprogramm '84 der DKP

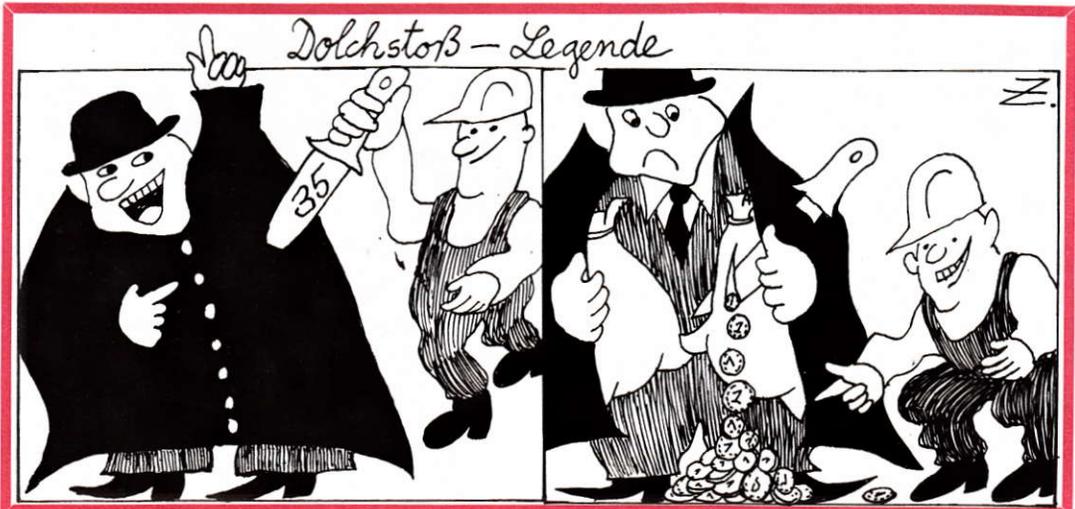
Von Belegschaften, Vertrauensleutekörpern und Betriebsräten, vor allem der Stahlkonzerne und der Werften, die sich im Abwehrkampf gegen den Ruin ganzer Industrien befinden, ist die Forderung nach der Verstaatlichung erhoben worden. Das bestätigt den Standpunkt im Programm der DKP, daß die Verstaatlichung und demokratische Kontrolle der Großbanken und Versicherungskonzerne, der Energie- und Rüstungsindustrie, also die Ausweitung des öffentlichen Eigentums an den Hauptproduktionsmitteln, eine wichtige Voraussetzung für eine Wirtschaftspolitik im Interesse der Arbeiterklasse darstellt.

Durch Verstaatlichung bei demokratischer Kontrolle kann die Arbeiterklasse bessere Kampfbedingungen, mehr Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen gewinnen.

Beschäftigungswirkungen bei 10 Milliarden DM Staatsausgaben in verschiedenen Bereichen

Bereiche	Zahl der Beschäftigten in 1000	Unterschied zum Verteidigungsbereich in %
Verteidigung	180	–
Sachkäufe der Gebietskörperschaften		
– Durchschnitt aller Bereiche	210	+ 11,7
– Allgemeine Verwaltung	211	+ 17,2
– Justiz und Polizei	204	+ 13,3
– Verkehr und Bauwesen	215	+ 19,4
– Landwirtschaft und Ernährung	196	+ 8,9
– Wissenschaft und Bildung	202	+ 12,2
– Öffentliches Gesundheitswesen	205	+ 13,9
– Kommunale Einrichtungen	188	+ 4,4
– Sachkäufe der Sozialversicherungen	269	+ 49,4
Investitionen der Gebietskörperschaften		
– Durchschnitt aller Bereiche	242	+ 34,4
– Allgemeine Verwaltung	234	+ 30,0
– Justiz und Polizei	237	+ 31,6
– Landwirtschaft und Ernährung	244	+ 35,6
– Wissenschaft und Bildung	241	+ 33,9
– Soziale Maßnahmen	243	+ 35,0
– Öffentliches Gesundheitswesen	241	+ 33,9
– Kommunale Einrichtungen	245	+ 36,1

Quelle: Jochen Schmidt, Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung. Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Staatsausgaben. DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 46. Berlin (West) 1977, S. 60ff.



VI. Das „Verhältnis der Kämpfenden“ ist entscheidend

Der Nachweis der Finanzierbarkeit der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist wichtig für die Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten selbst, für eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Die Unternehmer und ihre Verbände werden sich allerdings davon nicht überzeugen lassen. Für sie ist Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich eine Todsünde, weil sie das Allerheiligste, den Profit, schmälert. Der Standpunkt der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften und der der Unternehmer ist darum unvereinbar. Welcher von beiden sich durchsetzt, hängt ab vom Kräfteverhältnis im Klassenkampf. Wir Kommunisten müssen darum in der Arbeiterklasse die von Karl

Marx formulierte und in allen Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit bestätigte Erkenntnis verbreiten, daß „für die Länge der Arbeitszeit ‚das Verhältnis der Kämpfenden‘ ausschlaggebend ist. Jede Verkürzung der Arbeitszeit ist ein ‚Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals‘.“ (Aus dem Bericht an den 7. Parteitag.)

Zusammenfassend: Wir Kommunisten sehen unsere Aufgabe darin, im Kampf um die 35-Stunden-Woche unseren Beitrag zur Verbreitung der gewerkschaftlichen Argumente zu leisten. Zugleich wollen wir mehr Arbeiter und Angestellte, ausgehend von ihren eige-

nen Erfahrungen in dieser Auseinandersetzung, an Klassenerkenntnisse über die Allmacht des Großkapitals und die Unversöhnlichkeit der Interessen von Arbeit und Kapital, an Einsichten über die Rolle des kapitalistischen Staates, an die Erkenntnis der Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen heranzuführen. Wir stellen uns so den von Marx und Engels bereits im „Manifest der Kommunistischen Partei“ formulierten Anforderungen an die Kommunisten: „Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.“

Aus „Sozialdemokrat“, 1895:

Die Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung sind nicht neu. Ebensovienig wie die damit gelegentlich verbundenen falschen Vorstellungen und Illusionen.

Vor 99 Jahren schrieb Wilhelm Liebknecht sehr anschaulich, was Arbeitszeitverkürzung ist und was sie nicht ist: „Jede Verlängerung des Arbeitstages ist ein Sieg der Kapitalisten. Jede Verkürzung des Arbeitstages ist ein Sieg der Arbeiter. Gerade hier, am Arbeitstage, gewissermaßen im Mutterleibe der kapitalistischen Produktion, zeigt sich am handgreiflichsten, drastischsten der unversöhnbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ... Der Normalarbeitstag ist eine auf dem Boden der heutigen Produktionsweise sich bewegende Forderung; er kann darum unmöglich Übel beseitigen, welche im Wesen dieser Produktionsweise begründet sind ...“

(Zitiert nach „Dokumentation IGM, Wetzlar ...“ zur 35-Stunden-Woche)



Kasseler Gewerkschafter von der Friedensinitiative der VW-Werke demonstrieren gegen Atomraketen, für Frieden und 35-Stunden-Woche am 19. Oktober 1983. Es fotografierte Michael Huhn.

Aktionsbeispiele

Die entscheidenden Aktionen für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gehen von den Gewerkschaftsorganisationen, die Initiativen von Betriebsbelegschaften, von Betriebs- und Personalräten, von Vertrauensleuten und Betriebsjugendvertretern aus. Kleinere, aber nicht unwichtige flankierende Aktionen für große Massendemonstrationen und Arbeitskämpfe zeigen folgende Beispiele:

1. Die Arbeitsplatzvernichtungswand

Wir stellen eine Wand aus Hartfaser-Tafeln (ca. 2 x 2 m) auf. Wir benennen auf dieser Tafel alle Betriebe, die in letzter Zeit (80er Jahre etwa) „dichtgemacht“ wurden. Wir schreiben dazu, wieviel Arbeitsplätze liquidiert wurden. Eine solche Tafel eignet sich dazu, die Arbeitsplatzverluste in einem Stadt- oder einem Kreisgebiet konzentriert und eindrucksvoll darzustellen. Natürlich gehört dazu auch die Benennung der jeweils Schuldigen.

2. „Geistvoll“ für die 35-Stunden-Woche

Eines Morgens geisterten mehrere Metall-Kollegen in weiße Betttücher gehüllt als Gespenster der Arbeitslosigkeit durch Goslar mit Schildern wie: „Gespenstisch geht's in Goslar zu – nur mit der 35 komm ich zur Ruh.“ „Ich bin der Geist von Kanzler Kohl – außen weiß und innen hohl.“ „Wir geistern durch die Innenstadt, damit bald jeder Arbeit hat.“ Die Gespenster besetzten die „Industrie- und Handelskammer“ und verteilten Flugblätter.

3. Reserviert für die Wegrationalisierten

Zählt einmal die wegrationalisierten oder entlassenen Kolleginnen und Kollegen der letzten Zeit zusammen und haltet für sie Stühle in der Kantine oder in der Betriebsversammlung frei. Durch eine entsprechende Kenntlichmachung mit der Aufschrift „Mit der 35-Stunden-Woche wären sie noch hier“ kann das ganz eindrucksvoll werden.

4. Trauerfeier

Ein Betriebsratsmitglied oder Jugendvertreter kleidet sich etwas feierlicher als sonst anlässlich der Betriebs-(Jugend-)Versammlung. Er erhebt sich von seinem Platz und bittet die Anwesenden, es gleichzutun. Alle, auch die Vertreter der Betriebsleitung, werden dem folgen. Dann aber folgt eine Trauerrede auf vernichtete Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Variante: Holzkreuze oder Mülltonnen für jeden vernichteten Arbeitsplatz oder stillgelegte Abteilung mitführen bzw. aufstellen.

5. Bewerbungsschreiben

Arbeitslose oder Arbeitsloseninitiativen könnten auf abgezogenen Vordrucken an Betriebe ihrer Wahl Bewerbungsschreiben versenden mit folgendem Tenor: „Wir (ich) habe(n) gehört, daß in Ihrem Betrieb demnächst durch die Einführung der 35-Stunden-Woche ... Arbeitsplätze (1/7 der Belegschaftszahl) frei werden. Für eine Stelle als ... möchte ich mich hiermit bewerben.“ Eventuelle Antworten darauf können zu weiteren Aktionen Anlaß sein. Solche Schreiben könnten in der Betriebszeitung oder auch nur so vor dem Betrieb verteilt werden.

6. Feierabend

Eine Aktion in drei Variationen: Eine Stunde vor Feierabend verteilen die Vertrauensleute an allen Arbeitsplätzen Handzettel mit der Aufschrift „Feierabend“. Dazu die kurze Mitteilung: „Jetzt hättest Du Feierabend, wenn wir schon die 35-Stunden-Woche hätten.“

Oder so: In Betrieben mit Kurzarbeit wird mit Handzetteln aufgeklärt: „Wenn wir heute schon die 35-Stunden-Woche hätten, müßtest Du morgen nicht in Kurzarbeit gehen.“

Oder auch so: In der Betriebsversammlung wird mit einer Betriebssirene vom Tonband eine Stunde vor Arbeitsschluß bekanntgemacht: „Feierabend, Kollegen, aber erst, wenn wir die 35-Stunden-Woche haben.“

7. Alles überfüllt

Ironie kann entlarven: Wenn jemand einen typischen „Unternehmer“ spielen kann, braucht er sich nur vors Werktor zu stellen und aus dem offenen Mercedes gegen die 35-Stunden-Woche wettern: Weil der Golfklub, der Jachthafen und die Reitställe sowieso schon überfüllt sind und weil man einen Hummer sowieso nicht teilen kann. Weitere

Argumente lassen sich finden. Viel Spaß dabei!

8. Zerreißprobe

Ein Unternehmerlob voraus: Wie gut, daß es die Firma „Begra-Papier“ in München gibt. Sie stellt das unzerreißbare Synthetikpapier „Neo Bond“ her. Man kann es dort oder in allen Papierhandlungen bestellen.

Die Aktionsidee dazu: Man läßt das Papier in Formate zwischen Spielkarte und Postkarte schneiden (DIN A6 bis DIN A7). Auf der Vorderseite die Schlagzeile: „Wetten, daß ... Sie diesen Zettel nicht zerreißen können? Auf der Rückseite läßt sich dann trefflich argumentieren: Ebensovienig lassen wir unsere 35-Stunden-Forderung von den Unternehmern zerreißen. Übrigens: Für Bierwetten sehr geeignet!
(Entnommen einem Material der DKP Hamburg)



Düsseldorfer Gewerkschafter folgten dem Gespensterbeispiel der Goslarer Kollegen, das auf Seite 26 beschrieben ist.

Leseprobe von Marx, Engels und Lenin

Leseprobe 1

„Die ersehnte Periode der Prosperität will nicht kommen; sooft wir die sie ankündigenden Symptome zu erblicken glauben, sooft verschwinden sie wieder in der Luft. Inzwischen stellt jeder folgende Winter erneut die Frage: 'Was tun mit den Arbeitslosen?' Aber während die Zahl der Arbeitslosen Jahr für Jahr anschwillt, ist niemand da, um diese Frage zu beantworten; und wir können den Zeitpunkt beinahe berechnen, wo die Arbeitslosen die Geduld verlieren und ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen werden. In einem solchen Moment sollte sicher die Stimme eines Mannes gehört werden . . .“

So Friedrich Engels in einem Vorwort zum „Kapital“ von Karl Marx in Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Seite 40

Leseprobe 2

„Fast überall ist die Handarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt, fast alle Manipulationen werden durch die Kraft des Wassers oder Dampfs getan, und noch jedes Jahr bringt neue Verbesserungen.

In einem geordneten sozialen Zustände wären solche Verbesserungen nur erfreulich; im Zustände des Kriegs Aller gegen Alle reißen einzelne den Vorteil an sich und bringen dadurch die meisten um die Mittel der Existenz. Jede Verbesserung der Maschinerie wirft Arbeiter außer Brot, und je bedeutender die Verbesserung, desto zahlreicher die arbeitslos gewordene Klasse; jede bringt demnach auf eine Anzahl Arbeiter die Wirkung einer Handelskrisis hervor, erzeugt Not, Elend und Verbrechen.“

Marx/Engels, Werke, Bd. 2, Dietz Verlag Berlin 1969, S. 360/61

Leseprobe 3

„Der Kapitalist beruft sich also auf das Gesetz des Warenaustausches. Er, wie jeder andre Käufer, sucht den größtmöglichen Nutzen aus dem Gebrauchswert seiner Ware herauszuschlagen. Plötzlich aber erhebt sich die Stimme des Arbeiters, die im Sturm und Drang des Produktionsprozesses verstummt war:

Die Ware, die ich dir verkauft habe, unterscheidet sich von dem anderen Warenpöbel dadurch, daß ihr Gebrauch Wert schafft und größren Wert, als sie selbst kostet. Dies war der Grund, warum du sie kauftest. Was auf deiner Seite als Verwertung von Kapital erscheint, ist auf meiner Seite überschüssige Verausgabung von Arbeitskraft. Du und ich kennen auf dem Marktplatz nur ein Gesetz, das des Warenaustausches. Und der Konsum der Ware gehört nicht dem Verkäufer, der sie veräußert, sondern dem Käufer, der sie erwirbt. Dir gehört daher der Gebrauch meiner täglichen Arbeitskraft. Aber vermittelst ihres täglichen Verkaufspreises muß ich sie täglich reproduzieren und daher von neuem verkaufen können. Abgesehen von dem natürlichen Verschleiß durch Alter usw., muß ich fähig sein, morgen mit demselben Normalzustand von Kraft, Gesundheit und Frische zu arbeiten, wie

Leseproben . . .

heute. Du predigst mir beständig das Evangelium der 'Sparsamkeit' und 'Enthaltung'. Nun gut! Ich will wie ein vernünftiger, sparsamer Wirt mein einziges Vermögen, die Arbeitskraft, haushalten und mich jeder tollen Verschwendung derselben enthalten. Ich will täglich nur soviel von ihr flüssig machen, in Bewegung, in Arbeit umsetzen, als sich mit ihrer Normaldauer und gesunden Entwicklung verträgt. Durch maßlose Verlängerung des Arbeitstags kannst du in einem Tage ein größeres Quantum meiner Arbeitskraft flüssig machen, als ich in drei Tagen ersetzen kann. Was du so an Arbeit gewinnst, verliere ich an Arbeitssubstanz. Die Benutzung meiner Arbeitskraft und die Beraubung derselben sind ganz verschiedene Dinge. Wenn die Durchschnittsperiode, die ein Durchschnittsarbeiter bei vernünftigem Arbeitsmaß leben kann, 30 Jahre beträgt, ist der Wert meiner Arbeitskraft, den du mir einen Tag in den andren zahlst, $\frac{1}{365 \times 30}$ oder 1/10 950 ihres Gesamtwerts. Konsumierst du sie aber in 10 Jahren, so zahlst du mir täglich 1/10 950 statt 1/3650 ihres Gesamtwerts, also nur 1/3 ihres Tageswerts, und stiehst mir daher täglich 2/3 des Werts meiner Ware. Du zahlst mir eintägige Arbeitskraft, wo du dreitägige verbrauchst. Das ist wider unsren Vertrag und das Gesetz des Warenaustausches. Ich verlange also einen Arbeitstag von normaler Länge, und ich verlange ihn ohne Appell an dein Herz, denn in Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf. Du magst ein Musterbürger sein, vielleicht Mitglied des Vereins zur Abschaffung der Tierquälerei und obendrein im Geruch der Heiligkeit stehn, aber dem Ding, das du mir gegenüber repräsentierst, schlägt kein Herz in seiner Brust. Was darin zu pochen scheint, ist mein eigener Herzschlag. Ich verlange den Normalarbeitstag, weil ich den Wert meiner Ware verlange, wie jeder andre Verkäufer.

Man sieht: Von ganz elastischen Schranken abgesehn, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstags, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d. h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.“ (Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Dietz Verlag Berlin 1969, S. 247/49)

Leseprobe 4

„Wachstum in der Anzahl der Fabrikarbeiter ist also bedingt durch proportionell viel rasches Wachstum des in den Fabriken angelegten Gesamtkapitals. Dieser Prozeß vollzieht sich aber nur innerhalb der Ebb- und Flutperioden des industriellen Zyklus. Er wird zudem stets unterbrochen durch den technischen Fortschritt, der Arbeiter bald virtuell ersetzt, bald faktisch verdrängt. Dieser qualitative Wechsel im Maschinenbetrieb entfernt beständig Arbeiter aus der Fabrik oder verschließt ihr Tor dem neuen Rekrutenstrom, während die bloß quantitative Ausdeh-

Leseproben . . .

nung der Fabriken neben den Herausgeworfenen repelliert (abgestoßen) und attrahiert (angezogen), hin- und hergeschleudert, und dies bei beständigem Wechsel in Geschlecht, Alter und Geschick der Angeworbenen.“
(ebenda, S. 477)

Leseprobe 5

„Das Kapital agiert auf beiden Seiten zugleich. Wenn seine Akkumulation einerseits die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, vermehrt sie andererseits die Zufuhr von Arbeitern durch deren 'Freisetzung', während zugleich der Druck der Unbeschäftigten die Beschäftigten zur Flüssigmachung von mehr Arbeit zwingt, also in gewissem Grad die Arbeitszufuhr von der Zufuhr von Arbeitern unabhängig macht. Die Bewegung des Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit auf dieser Basis vollendet die Despotie des Kapitals. Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es angeht, daß im selben Maß, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren und die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer für sie wird; sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar dem Druck der relativen Übervölkerung abhängt; sobald sie daher durch Trade's Unions usw. eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierten Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zetert das Kapital und sein Sykophant (Verräter), der politische Ökonom, über Verletzung des 'ewigen' und sozusagen 'heiligen' Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr.“
(ebenda, S. 669/70)

Leseprobe 6

*„Je mehr sich die Großindustrie entwickelt, desto größeren Schwankungen unterliegt die Nachfrage nach Arbeitern – je nach den Krisen und Prosperitätsperioden in der gesamten nationalen Produktion, die **nicht existieren könnte**, wenn es keine überschüssige Bevölkerung gäbe (d. h. eine Bevölkerung, die die **durchschnittliche** Nachfrage des Kapitalismus nach Arbeitern übersteigt), die in jedem gegebenen Augenblick bereit ist, für jeden beliebigen Industriezweig oder Betrieb Arbeitskräfte zu stellen. Die Analyse hat gezeigt, daß sich eine Übervölkerung in allen Industriezweigen bildet, in die der Kapitalismus eindringt . . .“*
(in Lenin, Werke, Bd. 2, S. 174)





unsere

Die Zeitung der arbeitenden
Zeitung der DKP

AUF DEN STANDPUNKT KOMMT ES AN!

Ein Mieter beurteilt Mieterhö- hungen anders als ein Vermieter. Ein Arbeiter beurteilt Lohnerhöhungen anders als ein Konzernchef. Das liegt an der Interessen- und Klassenlage. Eine Arbeiterzeitung schreibt demzufolge anders als die Monopolblätter (ob die sich nun „überpartei- lich“ oder „unabhängig“ nennen).

Für eine Arbeiterzeitung wie die UZ gilt der Klassen- standpunkt: Was der Arbeiter- klasse nutzt ist richtig.

ARBEITSPLÄTZE STATT RAKETEN

Pershing II und Cruise- Missile schaden den Arbeit- ern und Angestellten. Nüt- zen würde ihnen, wenn ab- gerüstet würde und das frei- werdende Geld für ein Be- schäftigungsprogramm ver- wendet würde.

35 STUNDEN SIND GENUG

Die Großkonzerne in unse- rem Land sind gegen die 35-Stunden-Woche. Sie fürchten um ihren Profit. Arbeitszeitverkürzung ist ihnen zu teuer. Die Gewerkschaften und die Arbeiterpartei DKP sind für die 35-Stunden- Woche und weitere Arbeits- zeitverkürzungen. Ihnen sind Arbeitsplatzverluste, Dauerarbeitslosigkeit und die Abwälzung der Folgen der modernen Technik auf die Schultern der Beleg- schaften zu teuer.

Die UZ hält es mit den Ge- werkschaften und mit der Arbeiterpartei DKP: 35 Stunden sind genug.

LASS DICH NICHT VERKABELN

Über diese Kabel sollen den Arbeiterfamilien noch mehr Desinformationen – beispielsweise für Raketen, gegen Arbeitszeitverkür- zung eingetrichtert werden.

Die Groß- rem Lan- 35-Stund- fürchten- Arbeit- ihnen zu- Die G- die A- sind i- Woche- zeitver- sind- Dauc- die- der- Ein- höf- Ver-

Für unser Land In unserer Zeit

Die Regie- rung und Rüstungs- konzerne ordnen un- sere In- teressen- den Zielen der USA- Regierung unter. Das dient nicht den Interessen der Arbeiter un- seres Landes. Deshalb ist für



die UZ auch der nationale Standpunkt bindend.

Name

Straße

PLZ/Ort

Ich bestelle die UZ als

Tages-
zeitung

zum Preis von 10 DM
monatlich,
Mindestbezugszeit
3 Monate

Wochen-
endausgabe

zum Preis von 10 DM
vierteljährlich,
Mindestbezugszeit
1 Jahr

Probe-
lieferung

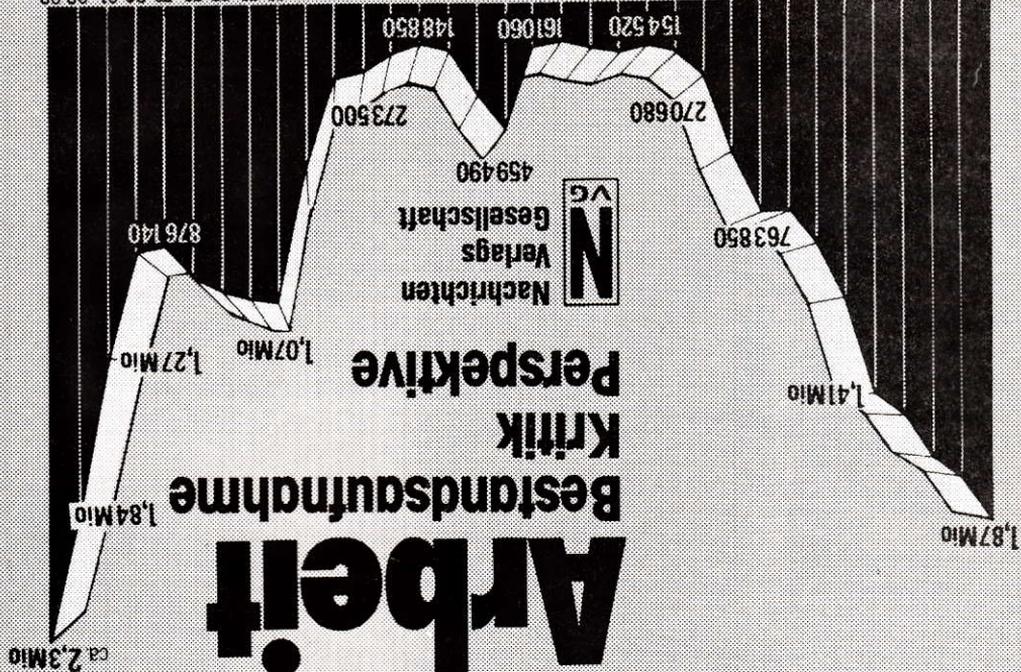
um die Zeitung der
DKP einmal Kennen-
zulernen

Kündigungen müssen 6 Wochen vor Quartal beim Verlag sein

Datum/Unterschrift

Einsenden an: Plambeck & Co, Postfach 920, 4040 Neuss 1

Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland
 1950 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83



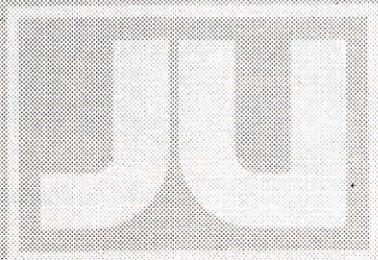
Das Recht auf Arbeit

Kritik Perspektive

Nachrichten Verlags Gesellschaft



Bernd Klees



nachrichten - reihe
28/29

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen/Nordwest
Contrescarpe 8 c, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Heiligkreuzweg 92, 6500 Mainz 1
Telefon (06 131) 8 20 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 3 15 13

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68

Letzter Tip

Zu diesem Thema als Begleittext:

1. Die Materialien des 7. Parteitages der DKP vom Januar 1984.
2. Die Materialien der DKP-Betriebsräte-Konferenz vom Februar 1984.

Und das nächste
Bildungsthema?

**Das
internationale
Kräfteverhältnis
und die
kommunistische
Weltbewegung**